

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Eva-Maria Holzleitner, BSc,  
Genossinnen und Genossen  
betreffend **dauerhafter Waffenstillstand und Waffenembargo Sudan**

eingebracht im Zuge der Debatte zu Top 8 - Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 3365/A(E) der Abgeordneten Dr. Ewa Ernst-Dziedzic, Dr. Reinhold Lopatka, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sofortige Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzung im Sudan (2034 d.B.)

Seit der Eskalation des Konflikts zwischen der sudanesischen Armee und der paramilitärischen Gruppierung Rapid Support Forces (RSF) drängen die Vereinten Nationen und die internationale Staatengemeinschaft auf einen Waffenstillstand im Sudan. Bisher wurden mehrere Vereinbarungen für eine Waffenruhe von Seiten der beiden Konfliktparteien nicht eingehalten.

Nunmehr haben die USA und Saudi-Arabien mit den Konfliktparteien eine siebentägige Feuerpause ausgehandelt um humanitäre Versorgung zu ermöglichen. Die getroffene Vereinbarung soll von einem von den USA, Saudi-Arabien und der internationalen Gemeinschaft unterstützten Überwachungsmechanismus unterstützt werden. Einzelheiten dazu wurden nicht bekannt gegeben. Allerdings dauerten Medienberichten zufolge die Kämpfe vor dem Beginn der ab Montag, 22. Mai abends vereinbarten Waffenruhe weiter an.

Die humanitären Auswirkungen des Konflikts sind bereits nach einem Monat Krieg enorm. Derzeit brauchen nach UN-Angaben 25 Millionen Menschen und damit mehr als die Hälfte der Bevölkerung humanitäre Hilfe. Medienberichten zufolge hat der Konflikt, der am 15. April d.J. begann, fast 1,1 Millionen Menschen aus dem Sudan und in die Nachbarländer vertrieben. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation wurden bisher 705 Menschen getötet und mindestens 5287 verletzt.

Im Sudan demonstriert die Bevölkerung seit Jahren für eine Demokratisierung des Landes. Die EU sollte die zivilen Kräfte im Sudan stärker unterstützen und sich aktiv für eine Rückkehr zur Demokratie einsetzen.

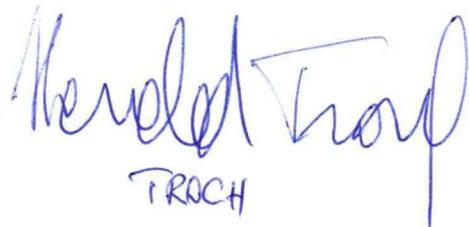
Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Entschließungsantrag**

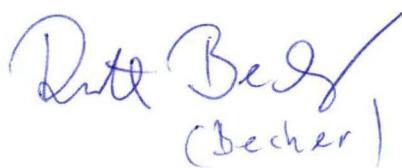
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird aufgefordert, sich aktiv für einen dauerhaften Waffenstillstand und für die Verhängung eines internationalen Waffenembargos gegenüber dem Sudan und der paramilitärischen Gruppierung Rapid Support Forces (RSF) einzusetzen.

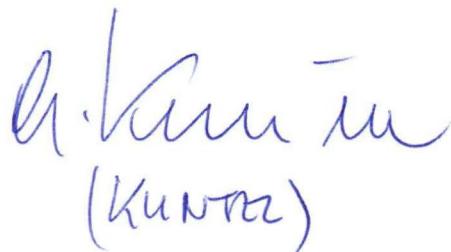
Weiters wird die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten aufgefordert, sich im Rahmen der EU für eine aktiverere Mitwirkung der EU am Zustandekommen eines Friedensprozesses im Sudan und eine stärkere Unterstützung der zivilen Kräfte, die eine Rückkehr zur Demokratie einfordern, einzusetzen.“

  
Heribert Rech  
TRÖCH

  
Helmut  
Holzinger

  
Rita Becher  
(Becher)

  
Willi  
(Kunkel)

  
A. Künzli  
(Künzli)

